

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wie Sie eventuell mitbekommen haben, wurde am ersten Oktober im Stadtrat über den Antrag der Grünen abgestimmt, dem Bündnis Seebrücke beizutreten. Die Seebrücke ist ein bundesweit aktiver Zusammenschluss von Kommunen, die sich bereit erklären, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen. Laut internationalem Völkerrecht müssen Gerettete in einen sicheren Hafen gebracht werden. Da dies zurzeit hauptsächlich die südlichen Mitgliedsstaaten der EU, allen voran Griechenland, Italien und Spanien betrifft, werden die dortigen Strukturen seit Jahren überfordert. Besonders in Griechenland wird immer deutlicher, dass das Menschenrecht auf ein würdiges Leben immer weiter relativiert wird. Während der Corona-Pandemie werden die zum Teil schwer traumatisierten Menschen ohne ausreichende Schutzmaßnahmen, geschweige denn einer hygienischen oder medizinischen Grundversorgung, in beengten Verhältnissen über Monate in den Lagern eingesperrt. Dieser Umgang mit Schutzbedürftigen ist völlig inakzeptabel und stellt einen klaren Bruch der menschen- und völkerrechtlichen Grundprinzipien da, auf denen unsere Gesellschaft aufbaut. Mit dem Beitritt zur Seebrücke erklären sich Gemeinden zu einem sicheren Hafen und setzen auf europäischer Ebene ein klares Zeichen der Solidarität. Dieser Antrag wurde von unseren Vertretern abgelehnt.

Beim Aufruf zur Solidarität an die Bevölkerung während der Pandemie wurden die Geflüchteten in den Lagern ausgeklammert. Aus Angst, hetzerischen Parteien Aufwind zu verschaffen, haben sich die etablierten Kräfte von diesen Menschen abgewendet und sie ihrem Schicksal überlassen. Hilfsorganisationen wurden rechtswidrig daran gehindert, Menschen vor dem Ertrinken zu retten, während die EU die libysche Küstenwache mit dem Schutz der europäischen Außengrenze beauftragt hat. Die Zustände in den libyschen Lagern und der Umgang mit den Menschen dort sind mit der Definition eines sicheren Hafens unvereinbar. Angesichts dieser feigen Handlungsweise ist es schwer auszuhalten, dass beide Regierungsparteien weiterhin beanspruchen, christliche beziehungsweise soziale Werte zu vertreten.

Aus Angst, den rechten Kräften in diesem Land Zulauf zu verschaffen, selbst eine zunehmend rechtsgerichtete Politik zu machen, kann keine Lösung sein. Denn mit dieser Strategie werden Grundwerte schleichend verschoben. Ebenso klar muss gesagt werden, dass das Warten auf die europäische Lösung keine Lösung ist. Dabei muss in diesem reichen Land keiner Angst haben, dass der persönliche Wohlstand merklich geschmälert wird, wenn wir Menschen Schutz gewähren. Als Gesellschaft aber drohen wir zu verarmen, wenn wir unser Mitgefühl gegenüber anderen Menschen verlieren. Wie groß müsste Ihr Leidensdruck und Ihre Verzweiflung sein, um die gefährliche Reise, teilweise zusammen mit ihren Kindern, über das Mittelmeer zu wagen? Welche Umstände müssten in Ihrem Heimatland herrschen, um Sie zu dieser Entscheidung zu bewegen?

Wir möchten daran erinnern, dass es bei einer zunehmenden Erderwärmung und einem damit verbundenen Meeresspiegelanstieg wahrscheinlich ist, dass auch die Nachkommen unserer Stadt irgendwann darauf angewiesen sein werden, alles hinter sich zu lassen und irgendwo anders ein neues Leben zu beginnen. Mit welcher Haltung ihnen dann begegnet wird, wird auch durch unseren heutigen Umgang mit Menschen, die ihre Heimat verloren haben, mitbestimmt.

Wir fordern den Rat der Hafenstadt Leer auf, dem Bündnis Seebrücke beizutreten, Menschen in Not einen sicheren Hafen zu bieten und sich aktiv im Rahmen aller zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für eine schnelle Auflösung der Flüchtlingslager und eine menschenwürdige Lösung auf nationaler und europäischer Ebene einzusetzen. Es kann nicht sein, dass wir einerseits die Gesellschaft zur Solidarität mahnen und andererseits den wirtschaftlich schwächeren europäischen Süden bei der Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung im Stich lassen. Es ist beschämend zu sehen, wie Flüchtlinge auf außen- und innenpolitischer Ebene zunehmend zur Verhandlungsmasse degradiert werden. Setzen Sie diesem Grauen ein Ende, setzen Sie ein Zeichen für Solidarität und Menschlichkeit!